

# Stabilität im größeren Europa

## Wege zu Demokratie und Marktwirtschaft

von Henning Schröder

Europa ist mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation größer geworden: Grenzen sind durchlässiger, die Volkswirtschaften wachsen zusammen, die Regierungen suchen den intensiven Dialog. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist dabei für die meisten Staaten Mittel- und Südosteuropas von großer Attraktivität und von magnetischer Anziehungskraft. Bereits Anfang der neunziger Jahre suchten etwa die Visegrád-Staaten die schnelle Assoziation mit der Union.

Die Auflösung der Blöcke war allerdings von komplizierten Problemen begleitet. Alte Konflikte brachen wieder auf und der Eintritt in den europäischen Markt schuf für die ehemaligen Planwirtschaften neue Probleme. Viele Länder des heutigen Europas sind wirtschaftlich schwach, von sozialen und nationalen Spannungen geplagt. Neue politische Strukturen entstehen nur langsam und nicht immer nimmt die Entwicklung eine demokratische Richtung.

Auf dem Balkan hat sich die alte staatliche Ordnung teilweise aufgelöst. Interethnische Spannungen entluden sich in gewalttätigen Auseinandersetzungen,

die nur durch das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft in Gestalt von UN und NATO eingedämmt werden konnten. Doch auch wenn es durch Eingreifen der NATO und durch die Stationierung von Truppen aus den USA und den Ländern Europas gelungen ist, die bewaffneten Konflikte in Südosteuropa zu unterbinden, so ist es in dieser Region bis zu einem wirklichen Frieden noch

ein weiter Weg. Russland, Weißrussland und die Ukraine – noch im Begriff, sich der eigenen Identität zu versichern und die neugewachsene politische Ordnung zu konsolidieren – suchen nach ihrem Platz in einem neuen Europa.

Der politische, ökonomische und soziale Wandel in einem größeren Europa stellt für die EU, die selbst auf der Suche nach einer neuen

Gestalt ist, eine Herausforderung dar. Die Stabilität in den Krisenregionen hängt in hohem Maße von der Entwicklung in der EU selbst ab, von ihrer Fähigkeit, in den Nachbarstaaten Wirtschaftswachstum zu fördern, zwischenstaatliche Beziehungen zu stabilisieren und sie in einen europäischen Wirtschaftsraum zu integrieren oder wirksam anzubinden. Europäische Nachbarn – wie Russland



Zwei unter einem Hut:  
EU-Sozialpolitik und  
EU-Erweiterung.

und die Ukraine – sind in ihrer wirtschaftlichen und außenpolitischen Entwicklung auf eine enge Kooperation mit der erweiterten Union angewiesen, die ihrerseits eine Strategie für den Umgang mit dem Europa jenseits des Erweiterungsraums entwickeln muss.

Mit diesem schwierigen und umfassenden Thema haben sich eine Reihe von Tagungen und Workshops befasst, deren Ergebnisse nun in schriftlicher Form vorliegen. Die Region Südosteuropa und die Politik der Europäischen Union in diesem Raum stehen im Mittelpunkt des Bandes, den Heinz-Jürgen Axt von der Universität Duisburg herausgegeben hat. Darin sind die Beiträge einer Konferenz zusammengefasst, die in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft und der Europäischen Kommission in Duisburg organisiert wurde und Konfliktforscher, Regionalspezialisten und Praktiker zusammengeführt hat. Neben deutschen Fachleuten kamen dabei auch Vertreter Bulgariens, Mazedoniens, Kroatiens und Serbiens zu Wort.

Die Beiträge gliedern sich in vier große Blöcke. Der erste analysiert Sicherheitsrisiken und Konfliktpotenziale in Südosteuropa selbst. Der zweite wendet sich der EU zu, die in der Region als „externer Akteur“ auftritt. Der dritte untersucht dann ein wichtiges Instrument europäischer Politik in diesem Konfliktraum, den Stabilitätspakt, und analysiert von verschiedenen Seiten, wie er sich auswirkt. Der Schlussabschnitt schließlich ist der Frage gewidmet, inwieweit die EU selbst in der Lage ist, sich erfolgreich

an die neuen Anforderungen anzupassen und die notwendigen Reformen in Gang zu bringen. Insgesamt gibt der Band einen guten Überblick über die vielfältigen Probleme, mit denen die EU-Politik jenseits ihrer südöstlichen Grenze konfrontiert ist. Aber er macht auch deutlich, wie weit der Weg ist, den die EU noch zurückzulegen hat, um hier erfolgreich agieren zu können.

Mit dem inneren Wandel der Europäischen Union, der auch und gerade angesichts ihrer Öffnung gegenüber den Staaten Ost- und Mitteleuropas notwendig wird, setzt sich der Band auseinander, den Barbara Lippert vom Institut für Europäische Politik in Berlin herausgegeben hat. Er präsentiert die Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das das Institut durchgeführt hat. Der Fokus der Fragestellung liegt auf der Reformfähigkeit der EU; die Osterweiterung selbst wird als „Reifepfung“ begriffen, als eine Herausforderung, die institutionelle Reformen und darüber hinaus auch ein Nachdenken über die Machtverteilung in einem neuen Europa notwendig macht. Die Analyse ist in drei große Abschnitte gegliedert.

Im ersten Abschnitt setzen sich die beteiligten Autoren mit der inneren Reformbereitschaft der EU auseinander. Sie zeigen die Risiken auf, die aus der Erweiterung erwachsen, machen aber auch die Politikdefizite deutlich, die die Einbindung der neuen Mitglieder in eine erweiterte EU erschweren werden.

Der zweite Block wendet sich den Kandidaten zu und untersucht deren Integrationsbereitschaft. Dabei wer-

den nicht nur Polen, Ungarn und Tschechien einbezogen; die Studie nimmt auch die weiteren Bewerberländer – Lettland, Litauen, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien – in den Blick. Die Beiträge gehen auf die Strategien dieser Länder ein und analysieren den Stand der Beitrittsvorbereitungen. Es wird nicht nur deutlich, dass viele dieser Staaten bis zu einer möglichen Aufnahme noch eine Reihe von Hürden überwinden müssen. Die Länderanalysen zeigen zugleich, dass die EU bereits jetzt in hohem Maße Einfluss auf die innere Entwicklung der Kandidaten nimmt, und diese große Anstrengungen machen, in Wirtschaft und Gesetzgebung die notwendigen Voraussetzungen für ihren Beitritt zu schaffen.

Der dritte Block untersucht schließlich die Politikfelder, in denen eine erweiterte EU agieren muss: die Wirtschaftspolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und den Bereich Justiz und innere Sicherheit. In ihrer Abgewogenheit und analytischen Genauigkeit gibt die kollektive Studie eine gute Vorstellung, welche Chancen die Erweiterung bietet. Sie zeigt aber auch, wie tief greifend die Änderungen sein müssen, denen sich die Europäische Union noch zu unterwerfen haben wird, will sie wirklich mit Erfolg europäische Politik machen.

Einen speziellen Aspekt – die Entwicklung von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – greift der Sammelband heraus, den Bernard *Funck* und Lodovico *Pizzati*, zwei Mitarbeiter der Weltbank in Washington, herausgegeben haben. Er fasst die Beiträge einer

Tagung zusammen, die die Weltbank im Jahr 2001 gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung, dem Institute for Public Affairs, dem Kreisky Forum und dem Europäischen Forum Alpbach in Baden und Wien durchgeführt hat. Die beteiligten Autoren sind meist Experten der Weltbank, der Internationalen Arbeitsorganisation und der Europäischen Kommission; hinzu kommen zahlreiche Fachleute europäischer und amerikanischer Universitäten. Die Herausgeber haben die in Umfang und Reichweite ganz unterschiedlichen Beiträge fünf großen Abschnitten zugeordnet.

Der erste befasst sich mit der Arbeitsmarktentwicklung in den Staaten Ost- und Mitteleuropas, ein zweiter nimmt noch einmal die Erfahrungen früherer Erweiterungen in den Blick. Während ein Artikel die Arbeitsmarktpolitik Spaniens im Kontext des EU-Beitritts behandelt, geht ein zweiter auf die deutsche Vereinigung mit ihren Konsequenzen für die Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik ein. Der dritte Abschnitt untersucht die Problematik regionaler Unterschiede und diskutiert in diesem Zusammenhang auch die Frage der Migration. Der vierte setzt sich mit der Dynamik der Arbeitsmarktentwicklung in sechs Staaten Ost- und Mitteleuropas auseinander und erörtert kritisch den Einfluss von Institutionen, die an das europäische Modell angepasst sind. Der letzte Abschnitt schließlich thematisiert jene Probleme, die auftreten, „wenn der Markt versagt“. Im Mittelpunkt dieser Beiträge stehen Armut und soziale Marginalisierung in den Gesellschaften Ost- und Mit-

teleuropas sowie die möglichen Gegenstrategien.

Zwar ist dieser Band insgesamt weniger systematisch strukturiert als der des Instituts für Europäische Politik, dennoch macht die prägnante Analyse vieler Beiträge die Lektüre lohnenswert. Zudem geben sie in der Mehrzahl eine Außensicht auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der EU wieder, die zur Kenntnis genommen werden sollte.

Mit den Konsequenzen der EU-Erweiterung für ein größeres Europa, für ein Europa „jenseits der Europäischen Union“ befassen sich zwei Bände, die Iris *Kempe* und Wim *van Meurs*, beides Mitarbeiter des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) in München, vorgelegt haben. Die beiden Publikationen demonstrieren, wie fruchtbar es ist, beim Nachdenken über die Erweiterung nicht an den Grenzen der größeren Union Halt zu machen, sondern den Blick räumlich und zeitlich zu weiten. Erst dann hat man die ausreichenden Grundlagen, um Politik in Europa zu gestalten.

Von den beiden Bänden ist der erste den östlichen Nachbarn einer erweiterten Union gewidmet: Russland, Ukraine, Weißrussland und Moldau, der zweite der Krisenregion Südosteuropa. Inhaltlich verbunden werden die Teile durch ein Strategiepapier, das die Herausgeber gemeinsam verfasst haben. Darin skizzieren sie die Aufgaben, die die EU mit der Öffnung nach Osten übernehmen muss, und die Risiken, die sich aus der „direkten Nachbarschaft“ zu Staaten wie Weißrussland oder der Krisen-

region Südosteuropa ergeben. Ausgehend von dieser Lageanalyse entwerfen *Kempe* und *van Meurs* dann die politische Agenda für eine Union, die in wachsendem Maße Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in den Räumen jenseits ihrer bisherigen und künftigen Grenzen übernimmt. Der Strategieentwurf fasst die Ergebnisse einer regional differenzierten Risikoanalyse zusammen, die in den Einzelbeiträgen vorgestellt wird. In der Systematik der Bände folgt dem „Strategy Paper“ jeweils ein Block mit Länder- bzw. Regionalanalysen, an den sich ein Abschnitt anschließt, in dem problemzentriert relevante Politikfelder im Zusammenhang dargestellt werden.

Die Herausgeber haben drei solcher Politikfelder identifiziert, die sowohl in Osteuropa als auch in Südosteuropa von Bedeutung sind: die Behandlung von Minderheiten, die Frage der Grenzen und des Grenzübergangs und die regionale Zusammenarbeit über die EU-Außengrenze hinaus. Im Fall Osteuropa kommt noch die Frage der paneuropäischen Sicherheit hinzu.

Die regional- und themenzentrierte Analyse greift Probleme wie organisiertes Verbrechen, ethnische Konflikte und Schwächen staatlicher Institutionen auf, spart aber auch strukturelle und strategische Defizite der Europäischen Union nicht aus. Vor dem Hintergrund dieses differenzierten Gesamtbilds kann man in die Diskussion über die politische Agenda der Staatengemeinschaft nach der bald bevorstehenden Erweiterung eintreten.

Heinz-Jürgen Axt, Christoph Rohloff (Hrsg.), Frieden und Sicherheit in (Südost-) Europa. EU-Beitritt, Stabilitätspakt und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, München: Südosteuropa-Gesellschaft 2001 (= Südosteuropa-Studien. Band 70), 436 S., 33,50 EUR.

Barbara Lippert (Hrsg.), Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung, Bonn: Europa Union Verlag 2000 (= Analysen zur Europapolitik des Instituts für Europäische Politik), 378 S., 25,46 EUR.

Bernard Funck, Lodovico Pizzati (Hrsg.), Labor, Employment, and Social Policies in the EU Enlargement Process. Changing Perspectives and Policy Options, Washington, D.C.: The World Bank 2002, 406 S., 30,00 \$.

Iris Kempe (Hrsg.), Beyond EU Enlargement. Volume 1. The Agenda of Direct Neighbourhood for Eastern Europe, Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers 2001, 281 S., 15,00 EUR.

Wim van Meurs (Hrsg.), Beyond EU Enlargement. Volume 2. The Agenda of Stabilisation for Southeastern Europe, Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers 2001, 283 S., 15,00 EUR.

## Eine Würdigung herausragenden außenpolitischen Wirkens

KARL KAISER

Hans-Dieter Lucas (Hrsg.), Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden: Nomos 2002, 444 S., 79,00 EUR.

**D**er von Hans-Dieter Lucas herausgegebene Band „Genscher, Deutschland und Europa“ ist der erste Versuch einer umfassenden Würdigung des außenpolitischen Wirkens eines herausragenden Politikers des Nachkriegs-Deutschlands. Das Vorhaben ist nicht nur gut gelungen, sondern hebt sich von der im Schrifttum

vorherrschenden Neigung ab, Außenpolitik entsprechend der Konzeption der „Kanzlerdemokratie“ als das Werk der Bundeskanzler darzustellen und zu interpretieren, vor allem beim Wirken des „Kanzlers der Vereinigung“, der dieser Art der Geschichtsschreibung selbst tatkräftig nachhalf.

Die Verfassungswirklichkeit und das Wirken Hans-Dietrich Genschers lassen diese Sichtweise überholt erscheinen. Seit der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD wird der Außenminister ununterbrochen vom Koalitionspartner der Kanzler-Partei gestellt und schränkt damit seit einem Vierteljahrhundert in der Außenpolitik die Richtlinienkompetenz des Kanzlers nachhaltig ein. Alle Außenminister haben seitdem eine wesentlich stärkere Stellung als es die Verfassung umschreibt. Dies gilt aber noch mehr für Genscher als Politiker, denn er war nicht nur der am längsten dienende Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Er war es vor allem, der die zweite große Innovation der Nachkriegsaußenpolitik seit Konrad Adenauers Westintegration, nämlich die Verständigung mit dem Osten, von der sozial-liberalen Koalition, die sie entwickelte, in die Koalition mit der CDU/CSU hinübertransportierte, die sie früher einmal leidenschaftlich bekämpft hatte. Die Überwindung der deutschen Teilung ist ohne den Beitrag Genschers genauso wenig vorstellbar wie ohne die von ihm orchestrierte Mitwirkung und Sachkompetenz der Diplomaten des Auswärtigen Amtes (wenngleich eine eingehendere Würdigung Letzterer noch aussteht).

Die zu diesem Band beitragenden Historiker, Politologen, Publizisten, ehemaligen und noch aktiven Diplomaten zeigen die beeindruckend vielfältigen Bereiche auf, in denen Hans-Dietrich Genscher die deutsche Außenpolitik prägte und internationales Geschehen beeinflusste: von seinen Beziehungen zu den USA (Helga Hafendorn), der Ostpolitik (Dieter Bingen), dem interregionalen Dialog (Wolfgang Wessels), über Ansätze zur globalen Politik (Wolfram Kaiser), dem südlichen Afrika (Hans-Joachim Vergau), der Beendigung des Ost-West-Konflikts und der deutschen Vereinigung (Stephen F. Szabo und Christian Hacke) zur europäischen Integrationspolitik (Hans Werner Lautenschlager). Dass die gelegentlich anzuführende Bewertung Genschers als vor allem großer Taktiker seinem Wirken nicht gerecht wird, arbeiten eine Reihe der Beiträge überzeugend heraus: brillante Taktik, die das Finasieren und die Apotheose der Ambivalenz einschloss, aber immer im Dienst der großen Strategie, die die deutsche Einheit mittels Westintegration und Verständigungspolitik mit dem Osten im Visier hatte. So zeichnet Ernst-Otto Czempiel Genschers Einsatz des Multilateralismus und Wolfgang Mommsen seine visionären Elemente nach, Michael Libal seine oft missverstandene Jugoslawien-Politik und Richard Kiessler seinen wahrhaft innovativen Einsatz der Medien für die Zwecke der Außenpolitik. Stefan Fröhlich analysiert politologisch originell die „potestas indirecta“ – oft allerdings sehr direkt – des Außenministers, während Robert Leicht und

Hans-Dieter Heumann seine Persönlichkeit ausloten.

Dass Genscher, der oft als die Personifizierung der verlässlichen Kontinuität und diplomatischen Vorsicht charakterisiert wurde, auch vor Konflikten nicht zurückscheute, zeigte sein Bruch mit der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt, dem die eigene Partei die Unterstützung bei der Nachrüstung aufgekündigt hatte, die Genscher (wie der damalige Kanzler) als wesentliches Element der Westbindung ansah.

Zu den Kanzlern der Bundesrepublik ist gelegentlich angemerkt worden, dass nach den Desastern der deutschen Vergangenheit die deutsche Demokratie mit ihnen großes Glück gehabt habe. Dieser Band macht deutlich, dass Hans-Dietrich Genscher als langjähriger Außenminister dieser Gruppe zugerechnet werden sollte.

## Lektion Kosovo

MARTIN MANTZKE

Günter Joetze, Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik, Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, 251 S., 18,90 EUR.

Klaus Reinhardt, KFOR – Streitkräfte für den Frieden. Tagebuchaufzeichnungen als deutscher Kommandeur im Kosovo, Frankfurt am Main: Verlag der Universitätsbuchhandlung Blazek & Bergmann 2001, 605 S., 25,50 EUR.

Im Kosovo-Krieg haben deutsche Soldaten erstmals seit 1945 wieder in einem Konflikt gekämpft, der die internationale Staatengemeinschaft beschäftigte. Zum ersten Mal auch nach dem Zweiten Weltkrieg über-

nahm die deutsche Diplomatie eine führende Rolle beim Friedensschluss. Seit der Beilegung des Konflikts sind inzwischen drei Jahre vergangen, doch besitzen die Ereignisse nach wie vor Aktualität, und die Frage, ob das vereinte Deutschland auf dem Balkan seiner Aufgabe gerecht geworden ist, wird häufig gestellt. Sie zu beantworten haben sich zwei Deutsche, ein ehemaliger Diplomat und ein hochrangiger Militär, zur Aufgabe gemacht.

Günter *Joetze*, der Autor des ersten hier vorzustellenden Buches, war mehr als 30 Jahre im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland tätig; von 1995 bis 1999 war er Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und nimmt jetzt einen Lehrauftrag der Freien Universität Berlin über die Praxis des Konfliktmanagements wahr. Sein Buch will weder die Ursachen für den ethnischen Konflikt ausloten noch die Frage beantworten, ob der NATO-Einsatz richtig oder falsch, gut oder schlecht war; ihm geht es in erster Linie darum, wie es um das deutsche Gewicht in diesem Konflikt bestellt war. Er will die Verhandlungen und Entwicklungen, kurz: den diplomatischen Abstimmungsprozess beschreiben. Für *Joetze* ist die Teilnahme am Kampf um Kosovo der Eintritt in eine neue Ära der deutschen Politik, durch sie sei die „Berliner Republik“ wieder zu einem Ordnungs- und Machtfaktor in Europa geworden. Anders als viele Kritiker kommt er zu dem Schluss, dass die Bundesregierung einen maßgeblichen politischen Beitrag zur Beendigung dieses Krieges geleistet habe.

Der Autor liefert eine minutiöse Chronik des Geschehens, beschreibt Schritt für Schritt den diplomatischen Konferenzmarathon zwischen Brüssel, Moskau, Washington, Belgrad und Paris, schildert Reisediplomatie, Planungen und Telefonate. Insgesamt zeichnet *Joetze*, dem als erstem Buchautor umfangreiche Aktenbestände des Bundeskanzleramts und des auswärtigen Amtes zugänglich waren, ein desillusionierendes Bild dieses mühsamen diplomatischen Prozesses und macht mehr als deutlich, dass Europa von einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik noch sehr weit entfernt ist. Zur Rolle bewaffneter Streitkräfte bemerkt er kurz und bündig, die europäischen Armeen seien in jeder Hinsicht zu schlecht ausgestattet, um derartige Militäreinsätze in Zukunft ohne amerikanische Unterstützung durchzuführen.

Überhaupt scheut der Autor vor eigenen kritischen Bewertungen, auch der handelnden Personen und Institutionen, nicht zurück; er beschreibt Eifersüchteleien unter den Verbündeten ebenso wie die überaus aufwändigen und mühsamen Abstimmungsprozeduren zwischen allen Beteiligten. Ein Dokumentenanhang, ein treffend beschreibendes Glossar und eine Zeittafel schließen das Buch ab, das auch als Studie über die Mechanismen der internationalen Politik, ihre Macht und Bürokratie am Beispiel des Kosovo-Konflikts gelesen werden kann.

Einen detaillierten Einblick in die Führung der Kosovo-Operationen der NATO im Herbst 1999 und im Frühjahr 2000 vermitteln die Tage-

buchaufzeichnungen des Vier-Sterne-Generals Klaus *Reinhardt*. Als der Kosovo-Krieg im März 1999 begann, hatte der passionierte Soldat, Musikliebhaber und promovierter Historiker bereits einen Spitzenplatz in der Militärhierarchie des westlichen Bündnisses erreicht: er war Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa-Mitte. Von Oktober 1999 bis April 2000 war er sodann – als erster Deutscher auf einem vergleichbaren Posten überhaupt – Kommandeur der NATO-Truppen (KFOR) in Kosovo; in dieser Funktion unterstand ihm eine Truppe von 50 000 Soldaten aus 39 Nationen.

Dass es bei diesem Einsatz nicht lediglich um politische, strategische oder operative Fragen ging, sondern dass der Zusammenhalt und die Einsatzbereitschaft eines multinationalen Großverbands letztlich von zahlreichen Faktoren abhängt, machen die Aufzeichnungen des Generals anschaulich deutlich. Der KFOR-Kommandeur musste nicht nur einer offenbar chaotisch organisierten UN-Verwaltung ständig unter die Arme greifen, er musste auch albanische und serbische Lokalgrößen zur Zusammenarbeit nötigen, einen amerikanischen Präsidenten oder russische Generäle empfangen und sich um die Müllbeseitigung in Pristina kümmern.

*Reinhardts* Protokolle dieses Lern- und Improvisationsprozesses sind trotz ihrer Ausführlichkeit und De-

tailverliebtheit selten langweilig, bisweilen sind sie anrührend oder sogar dramatisch. Der mittlerweile im Ruhestand befindliche Autor scheut indes auch vor kritischen Anmerkungen nicht zurück; er nennt Mängel und Lücken beim Namen und nimmt auch Personen von seiner Kritik nicht aus. Insgesamt vermitteln diese Tagebuchaufzeichnungen ein eindringliches Bild von den unermüdlichen Anstrengungen, die es zu vollbringen gilt, um durch das Zusammenwirken von zivilen und militärischen Instrumenten zur Stabilisierung labiler politischer und gesellschaftlicher Ordnungen sowie zerrütteter Wirtschaftsstrukturen beizutragen.

An anderer Stelle hat *Reinhardt* dies einmal konkretisiert, wenn er sagt, dass es eine Illusion sei zu behaupten, dass ein militärischer Kommandant in einem Krisengebiet seine Funktion erfüllen könne, ohne sich auch in die Politik einzumischen. In Kosovo etwa habe er sich zu achtzig Prozent mit politischen Fragen, Politikern und politischem Dialog beschäftigt. In seinen „Nachbetrachtungen“ am Ende des Buches resümiert *Reinhardt* seine Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in dem er jedoch nicht mehr als den „Teil einer Gesamtaufgabe“ sieht: Der Einsatz von Soldaten bei Friedensmissionen müsse immer nur vorübergehenden Charakter haben und letztlich dazu dienen, den Aufbau einer tragfähigen Zivilgesellschaft zu ermöglichen.